dbb regional magazin

1/2

Januar/Februar 2024 ▪ 31. Jahrgang

Mecklenburg-Vorpommern
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Thüringen

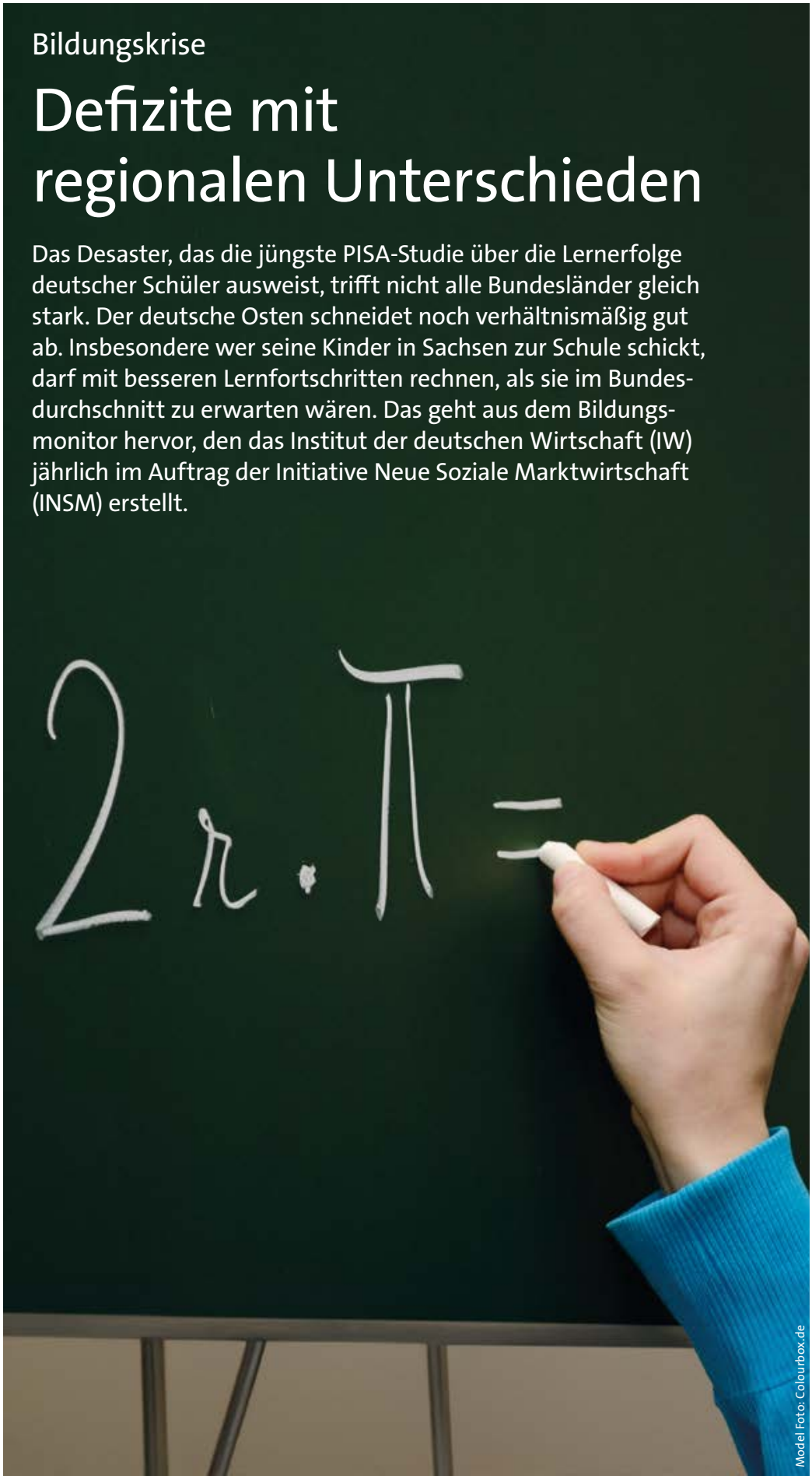
Studien belegen

Wachsende Bildungskrise

Bildungskrise

Defizite mit regionalen Unterschieden

Das Desaster, das die jüngste PISA-Studie über die Lernerfolge deutscher Schüler ausweist, trifft nicht alle Bundesländer gleich stark. Der deutsche Osten schneidet noch verhältnismäßig gut ab. Insbesondere wer seine Kinder in Sachsen zur Schule schickt, darf mit besseren Lernfortschritten rechnen, als sie im Bundesdurchschnitt zu erwarten wären. Das geht aus dem Bildungsmonitor hervor, den das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) jährlich im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) erstellt.



Model Foto: Colourbox.de

Die Ergebnisse der am 6. Dezember 2023 vorgestellten neuesten PISA-Studie haben landesweit aufgeschreckt. Deutsche Schülerinnen und Schüler haben so schlecht abgeschnitten wie nie zuvor. Im internationalen Vergleich hat es gerade einmal für einen Mittelplatz gereicht. Kompetenzen im mathematischen und im Lesebereich befinden sich seit Jahren im Sinkflug. Mittlerweile zählen schon rund 30 Prozent der Jugendlichen in Mathematik zu den besonders Leistungsschwachen. Beim Lesen sind es rund 26 Prozent und in den Naturwissenschaften etwa 23 Prozent.

Zugrunde liegen diesem Ergebnis die Leistungen von 15-jährigen Jugendlichen, die im Drei-Jahres-Rhythmus im Auftrag der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ermittelt werden. In Deutschland haben 6 116 Schülerinnen und Schüler in 257 Schulen den PISA-Test absolviert.

Überdurchschnittliche Kompetenzverluste

In allen drei Bereichen sind deutliche Kompetenzverluste im Vergleich zur letzten Erhebung 2018 (coronabedingt wurde die turnusmäßige Untersuchung 2021 auf 2022 verschoben) zu verzeichnen, die stärker sind als im OECD-Durchschnitt.

Unabhängig von der PISA-Studie wird seit 2004 vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ein Bildungsmonitor erstellt, an dem sich unter anderem ebenfalls die Lernerfolge von 15-jährigen aber auch von Viertklässlern in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften erkennen lassen, und zwar auch nach Bundesländern differenziert.

Model Foto: Colourbox.de

Gute Lernerfolge in Ostdeutschland

Im Spitzenquartett, was die Lernerfolge der Schülerinnen und Schüler angeht, finden sich in der am 30. August vorgestellten Ausgabe 2023 die drei ostdeutschen Bundesländer Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt, wobei Sachsen, wie schon im Vorjahr, mit einigem Abstand den ersten Rang einnimmt. Der Freistaat weist deutschlandweit die höchsten mathematischen Kompetenzen bei Kindern der vierten Klasse auf und nur wenige Jugendliche erreichen die Mindeststandards im Lesen nicht. Wie alle ostdeutschen Bundesländer hat auch Sachsen die Nase vorn, wenn es um die Nutzung von Ganztagsangeboten in Kitas und Schulen geht, was allerdings nichts über die Verfügbarkeit der Einrichtungen aussagt, die durchweg unzureichend ist.

Thüringen, das den 3. Platz im Länderranking einnimmt, investiert, so der Bildungsmonitor, höhere Bildungsausgaben pro Schüler als das im Bundesdurchschnitt der Fall ist. Nicht ohne Erfolg, denn die Wiederholerquoten an Thüringer Schulen sind niedrig und die Grundschüler erreichen hohe Kompetenzwerte in Mathematik. Besonders bemerkenswert: Der Anteil von Jugendlichen ohne Ausbildungsangebot ist der zweitniedrigste in Deutschland.

Sachsen-Anhalt – auf Rang 4 bei der Schulqualität – punktet ebenfalls mit einer hohen Mathematikkompetenz seiner Grundschüler. Außerdem weist das Land eine niedrige Zahl von Klassenwiederholern auf.

Mecklenburg-Vorpommern erfüllt auf dem 7. Platz des Leistungsvergleichs in allen drei Bereichen die von der Kultusministerkonferenz festgelegten Standards, während Brandenburg auf Platz 10 zumindest die geringste Zahl ausländischer Schulabbrecher vorweisen kann.

Indikatoren zur Bildungsgerechtigkeit

Über den Schülerleistungsvergleich hinaus finden sich in der jährlich erscheinenden Vergleichsstudie unter anderem auch Indikatoren zur Beschreibung der Infrastruktur, zum Bildungszugang, der Verfügbarkeit von Ganztagsschulen und Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten sowie zu den Betreuungsrelationen an Schulen. Weitere Indikatoren beschreiben den Zugang zur Bildung, Schulabbrecherquoten und den Anteil der Schüler, die von Bildungsarmut betroffen sind. Schließlich wird auch die Qualität der schulischen Leistung und der Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen untersucht. Damit messen die Indikatoren sowohl Aspekte der Bildungsgerechtigkeit als auch Impulse des Bildungssystems.

Hauptproblem Lehrkräftemangel

Auch die Differenzierung nach Bundesländern kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland in einer verheerenden Bildungskrise steckt: Auch Spitzenreiter Sachsen kommt über 63,4 von 100 erreichbaren Punkten im Ranking nicht hinaus. Das wird auch aus der Umfrage des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München deutlich, die eine deutlich verschlechterte Bewertung der Schulen durch die Bevölkerung ausweist: Danach geben nur noch 27 Prozent der Deutschen den Schulen in ihrem Bundesland die Note 1 oder 2. 2014 waren es noch 38 Prozent gewesen. 79 Prozent sind der Meinung, dass sich die Schulbildung durch die Coronapandemie verschlechtert hat. Als ernsthaftes Problem sehen die meisten Deutschen den Lehrkräftemangel (77 Prozent), gefolgt von fehlenden finanziellen Mitteln (68 Prozent) und der Trägheit des Systems (66 Prozent). Gegen den Lehrkräftemangel unterstützen die Befragten die Nachqualifizierung von Lehrkräften in Mangelfächern (79 Prozent) sowie den Einsatz von Quereinsteigern (64 Prozent). Größere Klassen werden dagegen von 81 Prozent abgelehnt.

Auch das ifo Bildungsbarometer 2023, eine jährliche Meinungsumfrage bei zuletzt mehr als 5 500 Personen, weist bei seinen zum Schuljahresende veröffentlichten Ergebnissen regionale Unterschiede aus. In der Region Mitte-Ost wird insbesondere der Lehrkräftemangel als ernsthaftes Problem benannt. Bildungspolitik ist für die große Mehrheit (78 Prozent) der Befragten wichtig für die persönliche Wahlentscheidung bei Landtagswahlen, in Mitte-Ost sogar bei 84 Prozent. In den meisten Regionen plädiert eine absolute Mehrheit (54 bis 61 Prozent) dafür, das Grundgesetz zu ändern, sodass bildungspolitische Entscheidungen grundsätzlich von der Bundesregierung anstatt von den Bundesländern getroffen werden. Lediglich in Bayern (44 Prozent dafür, 42 Prozent dagegen) und Baden-Württemberg (46 Prozent dafür, 36 Prozent dagegen) ist die Meinung dazu eher gespalten. Zu 80 Prozent wünschen die Befragten zumindest deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen für die verschiedenen Schulabschlüsse. ■

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber:
Landesvorsitzender Dietmar Knecht
dbb beamtenbund und tarifunion
landesbund mecklenburg-vorpommern
Heinrich-Mann-Straße 18, 19053 Schwerin
Tel.: 03855.811050, post@dbb-mv.de,
www.dbb-mv.de

Landesvorsitzende Nanette Seidler
SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen
Theresienstraße 15, 01097 Dresden
Tel.: 0351.4716824, post@sbb.dbb.de,
www.sbb.de

Landesvorsitzender Ulrich Stock
dbb beamtenbund
und tarifunion sachsen-anhalt
Schleinufer 12, 39104 Magdeburg
Tel.: 0391.5619450,
post@sachsen-anhalt.dbb.de,
www.sachsen-anhalt.dbb.de

Landesvorsitzender Frank Schönborn
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen
Landesgeschäftsstelle
Schmidtstedter Straße 9, 99084 Erfurt
Tel.: 0361.6547521, post@dbbth.de,
www.thueringer-beamtenbund.de

Redaktion: Annemarie Wellige
(leitende Redakteurin)

Verantwortliche Redakteure für:
Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Michael Jung
Sachsen-Anhalt: Silke Grothe
Thüringen: Frank Fritze

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titel: Model Foto: Colourbox.de

Verlag: DBB Verlag GmbH,
Friedrichstraße 165, 10117 Berlin
Telefon: 030.7261917-0
Telefax: 030.7261917-40
Internet: www.dbbverlag.de
E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: DBB Verlag GmbH,
Mediacenter, Dechenstraße 15 a,
40878 Ratingen
Telefon: 02102.74023-0
Telefax: 02102.74023-99
E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung:
Petra Opitz-Hannen,
Telefon: 02102.74023-715
Anzeigenverkauf:
Andrea Franzen,
Telefon: 02102.74023-714
Anzeigendisposition:
Britta Urbanski,
Telefon: 02102.74023-712,
Preisliste 27, gültig ab 1.1.2024

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien,
Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Gesetz zur Besoldungsstrukturanpassung

Einseitige Änderungen der Landesregierung

Die Landesregierung hat auf ihrer Sitzung am 19. Dezember einen geänderten Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldungsstrukturen und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern vorgelegt. Der Entwurf entspricht jetzt nicht mehr der mit den Gewerkschaften im Rahmen des Beteiligungsverfahrens ausgehandelten Version.

Gegenüber der Fassung, die dem dbb m-v nach langwierigen Verhandlungen am 18.September 2023 zur Beteiligung vorgelegt wurde, haben sich folgende wesentliche Änderungen ergeben:

1. Die generelle und attraktivitätssteigernde Anhebung des Besoldungsniveaus um 1 Prozent mit Ausnahme der Besoldungsordnung B und der Besoldungsgruppen ab R 3 aufwärts wurde von der Landesregierung – ohne vorherige Information der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen – aufgegeben. Im Zuge der verbundenen Ressort- und Verbändebeteiligung wurden in diesem Zusammenhang von verschiedenen Seiten durchgreifende verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht, die nicht ausgeräumt werden konnten.

Zur Erinnerung: Der Vorschlag von Gewerkschaften und Richterbund sah die Einbeziehung der Besoldungsordnung B vor. Mit dem jetzt vorgesehenen unbefriedigenden Ergebnis würden alle außerhalb der 1. bis 3. Erfahrungsstufe leer ausgehen.

Der Gesetzentwurf sieht jetzt nur noch eine Anhebung der Grundgehälter in der Besoldungsordnung A sowie in den Besoldungsgruppen R 1 und R 2 in der jeweils ersten Stufe um 3 Prozent, in der jeweils zweiten Stufe um 2 Prozent und in der jeweils dritten Stufe um 1 Prozent vor. Darüber hinaus wird das Grundgehalt in der Besoldungsgruppe W 1 um 1 Prozent angehoben.

Die übrigen Tabellensätze bleiben unverändert auf dem Stand, der mit der Besoldungsanpassung zum 1. Dezember 2022 erreicht worden ist. Dies betrifft auch die Amts- und Stellenzulagen sowie den Familienzuschlag der Stufe 1 (§ 42 Abs. 1 des Landesbesoldungsgesetzes).

2. § 16 Abs. 2 des Landesbesoldungsgesetzes, der nach dem Vorbild der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes eine Regelung zur haushaltsnahen Geltendmachung von Besoldungsansprüchen enthält, soll künftig aufgegeben werden. Damit entfiele eine in der Regel für die Betroffenen und auch für den dbb m-v teilweise herausfordernde und eilbedürftige Kommunikation zum Jahresende über gegebenenfalls notwendige Widersprüche und dergleichen, die jeweils bis zum 31. Dezember geltend gemacht werden müssen.

dbb Informationen für Fraktionen und Ausschüsse

Der Gesetzentwurf soll vom Landtag voraussichtlich in der 4. Kalenderwoche in der ersten Lesung beraten werden. Damit die Mitglieder des Landtags nicht den Eindruck gewinnen, dass die Neufassung die Zustimmung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gefunden hat, wird der dbb m-v zeitnah die Fraktionsvorsitzenden und den federführenden Ausschuss über das eigentliche und einseitig von der Landesregierung geänderte Verhandlungsergebnis informieren.

dbb m-v beim Neujahrsempfang

Der Landesvorsitzende des dbb m-v, Dietmar Knecht, hat als einer von rund 300 Gästen wieder am traditionellen Neujahrsempfang von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig teilgenommen. Die Veranstaltung, die am 15. Januar 2024 stattfand, gilt als politischer Start ins neue Jahr.

Knecht nutzte den Neujahrsempfang im phanTECHNIKUM Wismar zu einer Reihe von Gesprächen mit Landtagsabgeordneten und Regierungsmitgliedern über eine bedarfsgerechte Daseinsvorsorge durch den öffentlichen Dienst in Zeiten des Fachkräftemangels und einer anstehenden Pensionierungs- und Verrentungswelle. „Dazu müssen die Arbeitsbedingungen attraktiver werden. Das Land muss mehr für das Personal tun, als nur Mindeststandards aus Urteilen des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen“, betonte Knecht unter Hinweis auf die stillose Verstümmelung des mit dem dbb lange ausgehandelten Besoldungsstrukturgesetzes zur amtsangemessenen Alimentation durch das Kabinett (siehe oben).

© StK/Holger Martens

dbb Landeschef Dietmar Knecht im Gespräch mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

Tarifabschluss mit der TdL

Anschluss an Bund und Kommunen mit zeitlicher Verzögerung erreicht

Demonstrationszug anlässlich des Warnstreiks am 28. November 2023 in Schwerin

Die Gewerkschaften und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) haben am 9. Dezember 2023 in Potsdam eine Einigung erzielt und sich darauf verständigt, die Entgelte der Beschäftigten in zwei Schritten zu erhöhen: Zum 1. November 2024 sollen die Tabellenentgelte um 200 Euro steigen, zum 1. Februar 2025 erfolgt dann eine weitere Anhebung um 5,5 Prozent.

„Mit der Einigung ist es uns gelungen, an den Tarifabschluss unserer Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen vom Frühjahr dieses Jahres anzuknüpfen, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung. Gleichzeitig konnten wir den ursprünglichen Frontalangriff der Länder abwehren, ihre Beschäftigten als Bedienstete zweiter Klasse abzuwerten“, kommentierte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht, der auch Mitglied der Verhandlungskommission in Potsdam war, das Verhandlungsergebnis zwischen den Gewerkschaften und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL).

Das Gesamtpaket der Einigung bezeichnete Knecht als „einen Kompromiss, der nur durch den Druck von der Straße möglich wurde“. „Ich danke allen Beteiligten aus Mecklenburg-Vorpommern herzlich für ihre Unterstützung, sei es Mitte November bei der dbb Aktionswoche ‚5 nach 12‘ zwischen Staatskanzlei und Finanzministerium, beim Warnstreik am 28. November oder bei zahlreichen aktiven Mittagspausen und anderen hilfreichen Aktivitäten.“

Die wichtigsten Ergebnisse der Einigung

1. **Inflationsausgleichszahlung in Höhe von 1 800 Euro, möglichst noch im Dezember 2023 (Auszubildende 1 000 Euro);**
2. **Januar bis Oktober 2024 monatlich 120 Euro (Auszubildende 50 Euro) Inflationsausgleichszahlung lfd. Nr. 1 und 2 insgesamt 3 000 Euro (Auszubildende 1 500 Euro);**
3. **ab 1. November 2024 Erhöhung aller Entgelte um 200 Euro;**
4. **ab 1. Februar 2025 lineare Erhöhung der Entgelte um 5,5 Prozent, mindestens jedoch um 340 Euro;**
5. **Verbesserungen im Straßenbetriebsdienst (bis EG 9 a) ab 1. Januar 2025;**
6. **Verhandlungszusage Lehrerentgeltordnung;**
7. **Laufzeit bis 31. Oktober 2025.**

Die vollständigen Dokumente zur Tarifeinigung finden Sie auf unserer Homepage unter: www.dbb-mv.de.

Bundesverdienstkreuz für Klaus-Peter Glimm

Der Landesvorsitzende des Deutschen Berufsverbands für Soziale Arbeit (DBSH), Klaus-Peter Glimm, hat am 13. Januar 2024 zusammen mit acht weiteren Bürgerinnen und Bürgern des Landes den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, die den Orden im Namen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier überreichte, würdigte die Verdienste von Klaus-Peter Glimm.

„Diese hohe Auszeichnung ist Ausdruck der Anerkennung für Leistungen, die weit über das normale Maß hinausgehen und über einen langen Zeitraum erbracht wurden“, sagte die Ministerpräsidentin bei der feierlichen Zeremonie in Schwerin.

Die großen Herausforderungen unserer Zeit könnten nur gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Wirtschaft, Unternehmen und Verbänden gemeistert werden, betonte Schwesig. „Vor allem brauchen wir die vielen engagierten Menschen vor Ort, die mit Herzblut und Leidenschaft dabei sind und zeigen, alle können etwas tun, im Kleinen wie im Großen. Menschen wie die Ausgezeichneten – sie alle stehen beispielhaft für das gute Miteinander in unserer Gesellschaft – für Wärme, für Gemeinschaft.“

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig mit Klaus-Peter Glimm bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Für Klaus-Peter Glimm aus Greifswald sei das Thema Ausbildung ein Lebensthema. Menschen, die einen sozialen Beruf ergreifen, brauchen eine gute Ausbildung, gute Arbeitsbedingungen und auch eine gute Bezahlung. Ab diesem Jahr können nach den Erzieherinnen und Erziehern auch Menschen, die einen Pflegeberuf erlernen, eine kostenfreie Ausbildung machen, unterstrich die Ministerpräsidentin in diesem Zusammenhang.

Vielfältige Verdienste

Klaus-Peter Glimm habe sich nach der Deutschen Einheit für die rechtliche Anerkennung und Gleichstellung der Berufsabschlüsse der Gesundheits-, Sozial- und Jugendfürsorgerinnen der DDR eingesetzt, später sein Wissen über Soziale Arbeit als Gastdozent an der Hochschule Neubrandenburg weitergegeben. Er habe das Kitaportal für die Planung und Abrechnung in der Kindertagesbetreuung im Landkreis Vorpommern-Greifswald entwickelt, das die Arbeit erleichtert und hilft, sich auf das Wesentliche, die soziale Arbeit, zu konzentrieren. Längst werde es auch in anderen Landkreisen benutzt.

Seit 1993 war der Ausgezeichnete maßgeblich am Auf- und Ausbau des dbb Landesbundes Mecklenburg-Vorpommern beteiligt. Zielorientierte Zusammenarbeit, verbunden mit hoher Sachkompetenz – so wird seine gewerkschaftliche Arbeit beschrieben. Dabei ginge es natürlich nicht nur um mehr Geld. „Es ging Herrn Glimm ebenso um alle Belange der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, um dessen nachhaltige Leistungsfähigkeit“, so die Ministerpräsidentin.

Zu all dem sei Klaus-Peter Glimm Gründungs- und Vorstandsmitglied des Deutschen Kinderschutzbundes im Kreisverband Greifswald und sehr aktiv im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Auch der „Greifswalder Kindermittagstisch“ gehe nicht zuletzt auf seine Initiative zurück. Schwesig: „Die Kinder in unserem Land, die Menschen in den sozialen Berufen und im öffentlichen Dienst haben Herrn Glimm viel zu verdanken. Mit großer Freude überreiche ich Ihnen das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.“

Glückwünsche vom dbb Landesvorsitzenden

Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht freut sich sehr über die Klaus-Peter Glimm zuteil gewordene Ehre: „Der dbb m-v gratuliert dem Kollegen Glimm sehr herzlich zu dieser hohen Auszeichnung, dankt ihm für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement – insbesondere auch im dbb Landeshauptvorstand – und wünscht ihm für die Zukunft alles erdenklich Gute.“

Nachvollziehbar, aber unnötig!

Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat ein konsequentes Vorgehen gegen Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst beschlossen. Betont wurde in dem Beschluss aber auch, dass die große Mehrheit der Beamtinnen und Beamten fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht und einen unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwesen leistet. Dies verdiene Dank und auch Rückendeckung durch die Landespolitik.

„Letztgenannter Einschätzung schließt sich der dbb m-v uneingeschränkt an“, sagte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am Rande der Landtagssitzung am 14. Dezember 2023. Dagegen wird die Absicht, das Landesdisziplinargesetz zu reformieren, um einige wenige verfassungsfeindliche Beamtinnen und Beamte schneller und ohne Richtervorbehalt aus dem Dienst entfernen zu können, als überflüssig angesehen.

Der dbb m-v weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass mit dem Gesetz zur Beschleunigung von Disziplinarverfahren des Bundes parallel auch das Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) geändert wird, das für alle Beamtinnen und Beamten der Bundesrepublik Deutschland gilt. Danach sind Betroffene zu entlassen, wenn sie wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt worden sind (§ 24 Abs. 1 Nr. 2 BeamtStG neu).

Auch die vom Landtag gewünschte vorläufige Dienstenthebung sei bereits gesetzlich geregelt. Beamtinnen und Beamten kann nach § 39 BeamtStG die Führung der Dienstgeschäfte verboten werden. Bei einem parallel laufenden Disziplinarverfahren könnten die Betroffenen gemäß § 40 Abs. 1 Landesdisziplinargesetz (LDG) Mecklenburg-Vorpommern vorläufig des Dienstes enthoben werden.

„Der Antrag ist nachvollziehbar, aber aus meiner Sicht unnötig. Im Frühjahr 2021 verfolgte das Innenministerium eine ähnliche Absicht, konnte aber im Beteiligungsverfahren nicht ausschließen, dass die vorläufige Dienstenthebung ohne Richtervorbehalt auch bei anderen Sachverhalten zu Willkür führen könnte. Daraufhin wurde die geplante Änderung des LDG fallen gelassen“, stellte Knecht klar. Der dbb m-v halte die Einführung eines neuen Straftatbestandes der Volksverhetzung im Amt für bedenklich, da die bisherigen Vorschriften ausreichen. „Im Übrigen hat die vielfach kritisierte überlange Verfahrensdauer vor unseren Gerichten nicht zuletzt auch mit der unzureichenden Personalausstattung der Justiz zu tun“, gab der dbb Landesvorsitzende außerdem zu bedenken.

dbb m-v bei der dbb Jahrestagung in Köln

Starker Staat – wehrhafte Demokratie in Einigkeit und Recht und Freiheit!?

Traditionell zu Jahresbeginn fand am 8. und 9. Januar 2024 im Kölner Congress-Centrum die dbb Jahrestagung als gewerkschaftspolitischer Jahresauftakt statt.

Die Teilnehmer der dbb Jahrestagung 2024 aus M-V

Die Teilnehmer – unter ihnen erneut zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsgewerkschaften des dbb m-v – befassten sich mit den aktuellen geopolitischen Herausforderungen und Spannungen. Diskutiert wurden unter anderem die bevorstehenden Wahlen in Europa und in einigen Bundesländern sowie vertrauensbildende Maßnahmen in Demokratie und Funktionsfähigkeit des Staates. Hochrangige Vertreter aus der Landes- und Bundespolitik wie Hendrik Wüst (CDU), Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Hubertus Heil (SPD), Bundesminister für Arbeit und Soziales, und Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann MdB (FDP) beteiligten sich an den Diskussionen und gaben in Ansprachen und Vorträgen wichtige Impulse.

Die Teilnehmer aus Mecklenburg-Vorpommern nutzten die Veranstaltung darüber hinaus, wie in jedem Jahr, zum intensiven Meinungsaustausch sowie zur Bildung und Vertiefung von Netzwerken.

Als Vertreter der Kommunen konnte dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht wieder den stellvertretenden Landrat des Landkreises Rostock, Stephan Meyer, in Köln begrüßen.

Auf geht es in das neue Jahr – ob es ein gutes wird, hängt aber auch ein bisschen von uns selbst ab!

Gesundheit, Glück, Erfolg und natürlich Weltfrieden! Sie gehen uns einfach und hundertfach über die Lippen, diese und weitere gute Wünsche für unser gar nicht mehr so ganz nagelneues Jahr 2024. Klingt ja auch gut und meist ist es sogar ernst gemeint … läuft also bei uns?!

Aber gucken wir uns das neue Jahr doch einmal genauer an: Zunächst steht für uns Sachsen ein wichtiges Wahljahr ins Haus: Am 9. Juni 2024 die Kommunal- und Europawahl, am 1. September 2024 dann die Landtagswahl in Sachsen.

Für uns als SBB gibt es auch einen Grund zu feiern. Schließlich werden wir 33 Jahre alt!

Auf den ersten Blick scheinen beide Ereignisse nichts miteinander zu tun zu haben – und doch verbindet sie Grundsätzliches: Unsere streitbare gewerkschaftliche Arbeit wäre, genau wie die Teilnahme an freien Wahlen, ohne unser demokratisches Zusammenleben nicht denkbar. Und bei allen Fragen, Problemen und auch Unzulänglichkeiten stehen wir vorbehaltlos zum freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat. So steht es nicht nur in unserer Satzung; es ist auch unsere feste Überzeugung.

Wer Nachrichten liest und hört, wer sich aufmerksam umschaut, sich mit Kollegen, Nachbarn und Familie unterhält, dem ist gewiss aufgefallen, dass das Vertrauen in die Demokratie zu schwinden scheint. Oder, und das finde ich persönlich noch schlimmer, dass deren Grundsätze auf abstruse Weise zum persönlichen Wohlgefallen zurechtgebogen und passend gemacht werden. Sind die einfachen Antworten auf schwierige Fragen wirklich immer die besten? Und ist ein Kompromiss wirklich so gar nichts wert?

© Agentur Projekt40/Jeannette Koch

Reicht es, einfach dagegen zu sein? Und ist es wirklich okay, Entscheidungsträger persönlich zu diffamieren und zu beleidigen? Niemand hat doch gesagt, dass Demokratie keine Arbeit macht!

Jahr der Demokratie

Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten, also auch uns in der SBB-Familie. Jede und jeder Einzelne von uns trägt hier Verantwortung. Für den SBB wird das Jahr 2024 deshalb ein „Jahr der Demokratie“ sein. Wir werden vieles hinterfragen und manches näher erläutern. Und wir würden euch gern mitnehmen auf diesen spannenden Weg. Schaut also auf unserer Website, auf unsere Facebook-, unsere Instagram-Seiten. Wir freuen uns auf einen spannenden Austausch mit euch.

In der dbb-Familie sind wir mit der Jahrestagung und dem Thema „Starker Staat – wehrhafte Demokratie“ ins (Wahl-)Jahr 2024 gestartet. Wir haben viel dazu gehört und darüber diskutiert, welche Rolle der öffentliche Dienst für den starken Staat spielt, warum Europa für uns wichtig ist und warum jede und jeder in der und für die Demokratie eine so wichtige Rolle spielt. Super interessant! Wer die Jahrestagung nicht live in Köln oder im Livestream verfolgt hat, dem möchte ich ans Herz legen, die Videos der Vorträge und Diskussionen unbedingt anzusehen. Sie sind auf der Website des dbb eingestellt.

Gemeinsam mehr erreichen!

Der Start in ein neues Jahr ist ja immer auch mit einem Blick in die Zukunft verbunden – in der Regel hoffnungsvoll und optimistisch. Und Zukunft beziehungsweise Zukunft gestalten ist ja immer auch ein Thema für den SBB. Am 25. März 2024 werden wir uns die Sache mit der vor uns liegenden Zeit deshalb einmal näher anschauen. Dann findet in Dresden unser SBB-Zukunftskongress zum Thema „Gemeinsam mehr erreichen. Heute. Morgen. Übermorgen.“ statt. Gemeinsam mit hochkarätigen tollen Referenten wollen wir einen Blick in die Zukunft wagen. Was braucht es zukünftig? Auch im öffentlichen Dienst? Was muss sich ändern? Wie sind wir vorbereitet? Was kommt da auf die Menschen zu? Auf zahlreiche visionäre und gewiss überraschende Ausblicke sind wir schon sehr gespannt! Schaut gern auf unsere Website für weitere Informationen und die Anmeldung.

Dieses Jahr wird anspruchsvoll und gewiss nicht langweilig. Alle Pläne umzusetzen – am besten noch erfolgreich– geht nur gemeinsam, mit unseren Mitgliedern, Partnern und Freunden – kurz: mit euch!

Darauf freuen wir uns.

Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen

© SG-design@AdobeStock

Neugestaltung der Besoldung

In den vergangenen Jahren wurde die Besoldung der sächsischen Beamtinnen und Beamten mehrfach angepasst, zuletzt mit dem 4. Dienstrechtsänderungsgesetz, welches die Beihilfe neu regelte und den Familienzuschlag erhöhte.

Die zahlreichen Anpassungen führten zu einem teilweise undurchsichtigen Konstrukt, das nur noch von wenigen durchschaut werden kann. Angesichts dieser Umstände haben die Parlamentarier im vergangenen Jahr einen gemeinsamen Entschließungsantrag zur Neugestaltung der Besoldung gestellt. Die Staatsregierung wird darin vom Sächsischen Landtag ersucht, bis spätestens 30. Juni 2025 unter Einbeziehung der Gewerkschaften, Berufsverbände sowie der kommunalen Ebene einen Vorschlag zur grundlegenden Reform des Besoldungssystems, insbesondere der Besoldungsordnung A, vorzulegen.

Der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen wurde im Herbst 2023 aufgerufen, sich zu beteiligen und nutzt diese Chance, um einen „Wunschzettel“ in Sachen Amtsangemessene Alimentation und Neugestaltung des Besoldungssystems zu formulieren und die für uns wichtigen Parameter dem Finanzministerium vorzulegen. Wir haben unsere Fachgewerkschaften um Vorschläge zur Reform des Besoldungssystems gebeten und ihre Zuarbeiten bilden die Grundlage für unseren Beitrag.

Zukunftsorientierte Besoldung

Es ist klar, dass das System der Besoldung zukunftsorientiert ausgestaltet werden muss. Dabei kann Besoldung nicht losgelöst von Versorgung und Beihilfe betrachtet werden. Aus Sicht des SBB ist die Besoldung zukunftsorientiert, wenn die Grundbesoldung – ergänzt um berufsprägende Zulagen – wieder Kernelement des Systems wird. Die Leistung der Beamtinnen und Beamten muss angemessen honoriert werden und Kinder dürfen nicht den größten Teil der Besoldungsbestandteile ausmachen.

Ressortübergreifende Aspekte

Laufbahnrechtliche Aspekte spielen ebenfalls eine Rolle bei der Besoldungsgestaltung. Deswegen enthält unsere Zuarbeit auch Aspekte, die mit anderen Ressorts unserer Staatsverwaltung angegangen werden müssen. Eine Besoldungsreform ist ein komplexes Unterfangen und erfordert eine differenzierte Betrachtungsweise.

Es bedarf unterschiedlichster Anreize sowohl zur Gewinnung von Personal als auch zur beruflichen Entwicklung und zur Personalbindung – möglichst bis zur Regelaltersgrenze oder darüber hinaus. Auch Anreize für einen längeren Verbleib im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen müssen geschaffen werden, ganz zu schweigen von einer konsequenten Nutzung leistungsbezogener Besoldungsbestandteile, für die entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen sind.

Einigkeit herrscht bei unseren Fachgewerkschaften insbesondere über die Notwendigkeit einer ausreichenden, amtsangemessenen Erhöhung der Beträge der Grundgehaltstabellen sowie einer Anhebung der Eingangsämter aller Laufbahngruppen. Auch die Zulagen und Erschwerniszuschläge sollen angemessen erhöht werden.

Hoffnung auf konstruktive Zusammenarbeit

Es gibt viele Baustellen, die im Rahmen der anstehenden Besoldungsreform angegangen werden müssen, und wir stehen als konstruktiver Partner der Verwaltung und Politik zur Verfügung. Wir hoffen auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit und darauf, dass sich die Parlamentarier und handelnden Personen auch nach der Wahl noch an diesen Entschließungsantrag erinnern. Wir bleiben auf jeden Fall dran!

Manja Kropp,
stellvertretende Vorsitzende
der Grundsatzkommission
Beamtenrecht

SBB Frauen

Auftakt mit dbb Jahrestagung

© Friedhelm Windmüller

Bei der dbb Jahrestagung in Köln am 8. und 9. Januar 2024 zum Thema „Starker Staat – wehrhafte Demokratie“ war neben der Vorsitzenden, Nannette Seidler und der Seniorenvertreterin Rita Müller auch Antje Bräuer für die SBB Frauen vor Ort.

In allen Gesprächsrunden kamen die Gesprächsteilnehmer unweigerlich auf die Problematik: Wie können wir verhindern, dass Autokraten unsere Demokratie untergraben?

Es gab vielfältige Impulse und Anregungen und die Erkenntnis, wir alle müssen aktiv werden, um unsere Demokratie zu schützen. Wir, die SBB Frauen, planen dazu gemeinsam mit dem Landesfrauenrat eine Veranstaltung unter dem Motto „Du hast die Wahl“. Auch von uns Frauen, wird es abhängen, wie es in Sachsen weitergeht und da braucht es einen tiefen Blick in die Parteiprogramme, um richtige Entscheidungen zu treffen, die uns Frauen voranbringen.

3. SBB Seniorentag

Grußworte der Landesleitung und ein Rückblick auf die vergangene Arbeit bildeten den Auftakt des 3. Seniorentages des SBB am 23. November 2023.

So sind die harten Auseinandersetzungen in den Einkommensrunden auch an Pensionären und Rentnern nicht vorbeigegangen. Sie haben sich aktiv an den Aktionen im November und Dezember 2023 beteiligt. Auch den Antrag zum Volksentscheid „5 Tage Bildungszeit für Sachsen“ unterstützen die Senioren mit ihrer Unterschrift.

Zukünftige Entwicklungen und Tendenzen zeigte demgegenüber Gastreferentin Nelle Jung vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt mit dem „Gutachten Generationen 65+“ auf. Die von der Stabsstelle Seniorenpolitik gemeinsam mit Wissenschaftlern erarbeitete Studie zeigt konkrete Handlungsempfehlungen für den Freistaat Sachsen auf.

So werden unter anderem die in Sachsen lebenden Senioren in die Altersgruppen 65+, 70, 80, 90 und 100 Jahre aufgesplittet, um deren unterschiedlichen Bedürfnissen besser gerecht werden und auf die verschiedenen Lebenssituationen in diesen Gruppen mit individuellen Anpassungen eingehen zu können.

Betroffen ist eine breite Bevölkerungsschicht. Bis 2030 wird der Anteil der Senioren in Sachsen etwa 30 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Gleichzeitig wird die Erwerbstätigkeit von Senioren ansteigen, um Altersarmut abzuwenden. Auch die Lebenserwartung ist in Sachsen zwischen 2010 und 2019 gestiegen, bei den Frauen sogar überdurchschnittlich im bundesweiten Vergleich (84 Jahre in Sachsen zu 83,4 Jahre bundesweit). Sächsische Männer liegen dagegen mit ihrer Lebenserwartung unter dem Durchschnitt (78,1 zu 78,6 Jahren). Unter dem Bundesdurchschnitt liegt auch die Rentenhöhe im Freistaat. Für Altersneurentner im Jahr 2021 lag die Durchschnittsrente mit 1 144,56 Euro rund 7 Prozent niedriger.

Bei den anschließenden Wahlen des 3. Seniorentags wurde Rita Müller (BDZ) zur Vorsitzenden, Klaus Richter (GdS) zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden und Ute Döring (DSTG) zur weiteren Stellvertreterin gewählt.

© SBB/Hala

Ute Döring, Klaus Richter, Rita Müller (von links)

Bei den Antragsberatungen stellten die Delegierten die Weichen für die Seniorenarbeit in den nächsten fünf Jahren. Eine wichtige Arbeitsgrundlage wird das Gutachten „Generationen 65+ in Sachsen“ sein. Denn die SBB Senioren werden als Netzwerker die Umsetzung der Studie aktiv begleiten und Ergebnisse von der Politik einfordern. Schließlich treten die SBB Senioren für ein Seniorenmitbestimmungsgesetz ein.

Aus den Mitgliedsgewerkschaften

GDL-Demonstration für bessere Arbeitsbedingungen

Rund 300 Demonstranten protestierten am 12. Januar 2024 vor dem Dresdner Hauptbahnhof für den Abschluss eines Tarifvertrages. Unterstützt wurden die Streikenden durch den SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen und durch Teilnehmer des SLV.

Bei der Veranstaltung des GDL-Bezirks Mitteldeutschland nahmen unter anderem Lokomotivführer, Zugbegleiter, Bordgastronomen, Instandhalter der Werkstätten, Fahrdienstleiter und Disponenten teil, um für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Es ist bereits der dritte und bisher längste Arbeitskampf in dem laufenden Tarifkonflikt zwischen der GDL, der Deutschen Bahn und weiteren Eisenbahnunternehmen wie der City Bahn Chemnitz und der Mitteldeutschen Regio-Bahn.

© GDL/TorstenKunert

Mit dem Bahnunternehmen Netinera, zu dem auch die „Trilex“ und die „ODEG“ in Sachsen gehören, konnte die GDL bereits einen Tarifvertrag abschließen. Dieser sieht Lohnerhöhungen von 210 Euro im März und 210 Euro im Dezember 2024 vor. Auch der Einstieg in die 35-Stunden-Woche für Schichtarbeiter konnte stufenweise ab 2025 vereinbart werden.

Klaus-Peter Schölzke, Mitglied Erweiterter Bezirksvorstand Mitteldeutschland

Aus den Mitgliedsgewerkschaften

Gespräch mit Bildungspolitikerin Christin Melcher

Einkommensrunde, Lehrkräftemangel, Assistenzkräfte und Nachwuchsgewinnung waren die zentralen Themen des Gesprächs am 6. Dezember 2023 zwischen Christin Melcher, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag, und Vertretern des Sächsischen Lehrerverbandes.

© SLV

Neben Melcher nahmen Nancy Biermann, parlamentarische Beraterin von Bündnis90/Die Grünen, sowie vonseiten des SLV Michael Jung, René Michel und Katleen Thieme teil.

Einkommensrunde 2023

Den Gesprächsbeginn prägten die zurückliegenden Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst. Der SLV und Melcher waren sich einig, dass die Forderung nach einer allgemeinen Lohnerhöhung völlig legitim ist. Der Freistaat sollte ein großes Interesse daran haben, seine unverzichtbaren Arbeitskräfte angemessen zu vergüten. Dazu gehörten im Bildungsbereich neben den Lehrkräften auch die Schulassistentinnen und -assistenten sowie die Pädagogischen Fachkräfte im Unterricht.

Lehrkräftebedarf und Assistenzkräfte

Anhaltender Lehrermangel und die Rekrutierung geeigneten Berufsnachwuchses zählen weiterhin zu den größten Herausforderungen für Sachsen. Schon seit Langem fordert der SLV eine fundierte und realistische Lehrerbedarfsprognose und kritisiert unrealistische und verschleierte Zahlen des Kultus- und Finanzministeriums. Um dem aktuellen Bedarf an den Schulen gerecht werden zu können, müssten aus Sicht des SLV ad hoc 3 500 zusätzliche Lehrkräfte eingestellt werden.

Melcher betonte, dass ein zentraler Punkt der kommenden Koalitionsverhandlungen die Transparenz in der Lehrerbedarfsprognose sein müsse. Hinzu komme der verstärkte Einsatz von Assistenzkräften, die nicht in die Unterrichtsabsicherung einberechnet werden dürften und die Ausweitung der Schulen mit Budgetierung von Lehrerarbeitsvermögen. Der SLV begrüßt diese Sichtweise und fordert, für jede sächsische Schule die Unterstützung durch mindestens eine Assistenzkraft sowie deren angemessene Bezahlung.

Lehrkräfteausbildung

Langfristige Lösungen sieht der SLV vor allem auch in einer weiteren Regionalisierung der Lehrkräfteausbildung und einer Reform des Lehramtsstudiums. Zudem fordert der SLV mehr verpflichtende Praxisanteile im Studium, die auch schulartfremd und sachsenweit zu absolvieren sind. Studieninhalte sollten nicht hochkomplex und wissenschaftlich sein, sondern müssten mehr fachdidaktische Inhalte umfassen, um den Bedürfnissen der angehenden Lehrkräfte zu entsprechen und sie auf die Unterrichtsrealität vorzubereiten.

Seiteneinsteiger stellen eine Abhilfe für die personellen Engpässe an den Schulen dar. Dem SLV ist es jedoch ein wichtiges Anliegen, dass – neben der dreimonatigen Einstiegsqualifizierung – auch von diesem Personenkreis die wissenschaftliche Ausbildung an der Universität und der berufsbegleitende Vorbereitungsdienst unmittelbar und verpflichtend nach Einstellung in den Schuldienst absolviert werden muss.

Am Ende des Gesprächs waren sich beide Seiten einig: Bildung muss ein Schwerpunkt der bevorstehenden sächsischen Landtagswahlen 2024 sein. Denn wenn in der Politik nicht endlich ein Sinneswandel stattfindet, wird man den gesamtgesellschaftlichen Aufgaben wie der Bildung zukünftiger Generationen, Inklusion, Migration und dem Fachkräftemangel nicht mehr Herr werden.

Theresa Fruß,
Referentin für Bildungs-,
Berufs- und Tarifpolitik

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst darf ich Ihnen, auch im Namen der Landesleitung des dbb sachsen-anhalt, alles Gute für das Jahr 2024 wünschen.

Das Jahr 2023 war ein Jahr voller Herausforderungen, geprägt von globalen Konflikten und Krisen, aber auch mit den zwei großen Tarifrunden: Bund und Kommunen sowie Länder. Insgesamt fühlt man sich mittlerweile in einem Dauerkrisenmodus und sich davon mental nicht unterkriegen zu lassen, wird auch für jeden von Ihnen die große Herausforderung im Jahr 2024 sein.

Pandemie, Kriege, Klimakrise, Inflation – wir müssen so viele Krisen gleichzeitig bewältigen wie nie zuvor. Das Vertrauen der Deutschen in die Demokratie und ihre Institutionen ist fortlaufend gesunken. Viele bezweifeln, dass der Staat und damit einhergehend der öffentliche Dienst für die großen Herausforderungen der Zukunft gewappnet sind. Wenn das Vertrauen in die Politik nicht weiter schwinden soll, muss in den öffentlichen Dienst investiert werden. Jetzt ist unverzüglich konkretes Handeln angesagt. Ein wesentlicher Faktor ist, dass die Digitalisierung endlich konsequent vorangetrieben wird, gerade auch mit Blick auf die extrem schwierige Nachwuchsgewinnung.

Aber bitte – liebe Politik – verschont uns mit Schnellschüssen im Gesetzgebungsverfahren, ständigem Ressortgerangel, weiterem Versagen bei der Entbürokratisierung und unsinnigen Verwaltungsreformen um der Reform willen.

Wesentlich für das Vertrauen der Menschen in den Staat ist ein funktionsfähiger öffentlicher Dienst. Wir brauchen vernünftige Personal-, Sach- und IT-Ausstattung. Die Fachkräftesicherung und der demografische Wandel bleiben zentrale Themen, nicht nur im Jahr 2024, sondern auf viele Jahre hinaus. Die bisherigen Ansätze der Landesregierung klingen auf dem Papier gut, hinken aber der Wirklichkeit auf dem Arbeitsmarkt hinterher. Bereits jetzt können wir nicht alle Ausbildungsplätze besetzen und dies wird sich bei sinkenden Schulabgängerzahlen noch verschärfen.

Unser bestes Werbemittel sind die Beschäftigten, die für ihren Job brennen und damit Nachwuchs durch positives Feedback in ihrem Privatumfeld generieren. Dementsprechend sollten die Arbeitgeber und Dienstherren sich viel mehr um das vorhandene Personal bemühen. Warum dauert es Jahrzehnte, bis Diensträume saniert werden? Warum schickt der Staat seine Beschäftigten mit 20 Cent Kostenerstattung mit ihrem Privatkraftfahrzeug auf Reisen? Warum werden Fortbildungsangebote gestrichen oder neue Formate nicht angeboten? Warum muss man mit guter Beurteilung jahrelang auf die Beförderung warten? Warum werden unausgereifte IT-Verfahren eingeführt – selbstverständlich ohne begleitende Schulung? Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind deutlich besser als teure Werbeagenturen und sonstige Beratungsfirmen, wenn sie mit guten Gewissen stolz von ihrer Arbeit berichten können.

Zur Personalbindung gehört auch, dass die vereinbarten Tariferhöhungen zeitnah und systemkonform auf die Beamtinnen und Beamten sowie auch auf die Versorgungsempfänger übertragen werden. Ich erwarte daher die unverzügliche Vorlage eines Gesetzesentwurfes vom Finanzminister.

© Friedhelm Windmüller

dbb Landesvorsitzender Ulrich Stock

Liebe Kolleginnen und Kollegen, setzen Sie sich weiterhin in Ihrer jeweiligen Fachgewerkschaft für diese Belange ein. Dann können wir auch Ende 2024 sagen: Es gibt noch viel zu tun, aber wir als dbb mit seinen Mitgliedsgewerkschaften haben wieder etwas geschafft!

Mit kollegialen Grüßen
Ihr Ulrich Stock,
Landesvorsitzender des
dbb sachsen-anhalt

VDStra. – Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten

Chris Lischke neuer Landesvorsitzender

Bereits am 7. November 2023 fand eine Sitzung des Landesvorstandes der VDStra. – Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten Sachsen-Anhalt in Hohenwarte statt, bei der der langjährige Vorsitzende der Landesjugendvertretung, Chris Lischke, einstimmig zum Landesvorsitzenden gewählt wurde. Zuvor hatte der bisherige Amtsträger Karsten Kirmse seinen Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen erklärt.

Der 34-jährige Chris Lischke wurde in Stendal geboren und lebt mit seiner Lebensgefährtin und einer Tochter in Möhringen. Er arbeitet als Straßenwärter in der Straßen-

© privat

Chris Lischke, neuer Vorsitzender des VDStra. in Sachsen-Anhalt

meisterei Osterburg – Stützpunkt Sandau.

Karsten Kirmse, der seit 2011 an der Spitze des VDStra. stand, erklärte bei der Veranstaltung: „Aufgrund meiner derzeitigen Erkrankung bin ich nicht mehr in der Lage, die Arbeit eines Landesvorsitzenden vollumfänglich zu erbringen. Eine neue Besetzung des Amtes des Landesvorsitzenden würde ich begrüßen.“ Sein Nachfolger könne mit seiner vollen Unterstützung in diesem Amt rechnen. „Ich danke allen Mitgliedern des Landesvorstandes für ihre Arbeit und bitte, auch meinem Nachfolger, die gleiche Unterstützung wie mir zukommen zu lassen“, so Kirmse weiter.

Sein Nachfolger Lischke war seit 2016 Vorsitzender der Jugend des VDStra. und stieß dabei auf große Zustimmung bei Landesvorstand und Mitgliedern der Gewerkschaft. „Ich bedanke mich für das mir entgegengebrachte Vertrauen und freue mich auf die neue Herausforderung. Im Sinne der Mitglieder des VDStra. werde ich dafür kämpfen, den Beruf des Straßenwärters attraktiver zu gestalten, bessere Arbeitsbedingungen und neue Perspektiven zu schaffen“, umriss Lischke die Zielrichtung seines Vorsitzes. ■

GDL-Bezirk Mitteldeutschland

Thomas Rüge im Amt bestätigt

Bereits im November letzten Jahres fand die Bezirksversammlung der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) – Bezirk Mitteldeutschland in Magdeburg statt. Bei der Veranstaltung wurde Thomas Rüge mit überragender Mehrheit in seinem Amt als Vorsitzender des Bezirks Mitteldeutschland der GDL bestätigt.

Der neue Vorstand des GDL-Bezirks Mitteldeutschland: Walter Wunderlich, Andreas Uhlig, Andreas Lösch, Thomas Rüge, Vorsitzender, David Horbaschk, Ina Himstedt, Thomas Fenner, Ronald Kampe, Sven Schmidt, Detlef Bussas, Dirk Wölflik, Bettina Opitz, Martin Torgau-Labuschke, Uwe Thormann, Jörg Federlein, Sven Strafe (von links)

Ferner haben die 90 Delegierten Ronald Kampe und Martin Torgau-Labuschke in ihren Ämtern als Stellvertreter bestätigt. Komplettiert wird das Führungsteam durch Ina Himstedt als Frauenbeauftragte und Sven Strafe als Kassenprüfer.

„Eigentlich sollte die Deutsche Bahn (DB) ihre Lehren aus dem letzten Tarifkonflikt gezogen und begriffen haben, dass wir unseren Forderungen erfolgreich Nachdruck verleihen können. Doch wer aus Niederlagen nichts lernt, wird niemals siegen“, betonte Rüge nach seiner Wahl.

Die Delegierten bei der Abstimmung über die Anträge

Neben den Delegierten konnte die GDL Gäste aus Politik und Wirtschaft, wie den stellvertretenden GDL-Bundesvorsitzenden Mario Reiß, den Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Thomas Kralinski, den Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Digitales Sachsen-Anhalt, Sven Haller, sowie den Geschäftsführer FairnessPlan/FairnessBahnen e. V., Ayhan Demir, begrüßen.

Der stellvertretende GDL-Bundesvorsitzende Reiß unterstrich in seinem Grußwort die Geschlossenheit der GDL im Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und bedauerte zugleich die Verweigerungshaltung der DB im aktuellen Tarifkonflikt.

Bei den Antragsberatungen wurde von den Delegierten – auch im Hinblick auf die bevorstehende Tarifrunde – beschlossen, dass die GDL sich auf tariflicher sowie politischer Ebene für einen früheren Ruhestand beziehungsweise eine frühere Rente zu vernünftigen finanziellen Bedingungen für die Beschäftigten einsetzen möge, die langjährig im unregelmäßigen Schichtdienst arbeiten.

Die Delegierten und Gäste nutzen die Pausen, um miteinander ins Gespräch zu kommen.

Bahn-Tarifkonflikt

Gestörte Work-Life-Balance

Etwa 140 Lokführer, Zugbegleiter und weitere Bahnangestellte haben am 12. Januar 2024 am Magdeburger Hauptbahnhof wegen des derzeitigen Tarifkonflikts der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) mit der Deutschen Bahn protestiert.

„Die Bahn sucht seit Jahren verzweifelt Nachwuchskräfte. Aber mit einer so gestörten Work-Life-Balance kann niemand für die Berufe bei der Bahn begeistert werden“, sagte Thomas Rüge, Vorsitzender des GDL-Bezirks Mitteldeutschland.

Zuvor hatte die GDL vom 9. bis 12. Januar 2024 mit einem Streik den Druck auf die Bahn erneut erhöht. Parallel wurde auch das Bahnunternehmen Transdev bestreikt, das unter anderem die Mitteldeutsche Regiobahn betreibt. Hier endete der Arbeitskampf bereits am 12. Januar 2024 mittags, da Transdev angekündigt hatte, über die Senkung der Wochenarbeitszeit verhandeln zu wollen. Mit den beiden Bahnunternehmen Netinera und Go-Ahead hatte sich die GDL bereits geeinigt. Voraussetzung für den neuen Tarifvertrag ist aber, dass auch die DB zustimmt. Diese biete der GDL aber nur Wahlmodelle zur Stundenreduzierung an.

GDL-Bundesvorsitzender Claus Weselsky kündigt auf der abschließenden Kundgebung am 12. Januar 2024 – dem letzten Tag des Ausstands – an, dass der nächste Bahnstreik länger und härter sein werde, wenn die Deutsche Bahn nicht bald „zur Besinnung“ komme.

© GDL (3)

Hintergrund

Die GDL fordert für alle Beschäftigten bei der Bahn 555 Euro mehr und eine Inflationsprämie von 3 000 Euro, eine Absenkung der Arbeitszeit für Schichtarbeiter auf die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich sowie einen Tarifvertrag für Fahrdienstleiter.

„Hilfe für Helfer in Not“

Stefan Perlbach: „Magdeburger des Jahres 2023“

Stefan Perlbach, Ehrenmitglied der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Sachsen-Anhalt, ist zum „Magdeburger des Jahres 2023“ gekürt worden. Der Vorsitzende des Vereins „Hilfe für Helfer in Not“ wurde stellvertretend für viele engagierte Vereinsmitglieder am 10. Januar 2024 auf einer Gala der Volksstimme geehrt.

© Uli Lücke (2)

Ivar Lüthe, Redakteur der Magdeburger Volksstimme, und Stefan Perlbach (von links)

„Rettungskräfte, Polizei und Feuerwehr müssen bei Einsätzen oft einfach funktionieren und werden mit gefährlichen Situationen konfrontiert. Dabei kommen sie häufig selbst körperlich, psychisch oder physisch zu Schaden. Die Folge sind traumatische Erkrankungen. Und genau hier kommen wir zum Einsatz“, sagt Vereinsvorsitzender Perlbach. Die Mitglieder von „Hilfe für Helfer in Not“ haben es sich zur Berufung gemacht, anderen zu helfen. „Wir haben ein deutschlandweites Netzwerk. Derzeit sind wir in die Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz involviert. Was Polizisten und Feuerwehrmitarbeiter, die dort im Einsatz waren, geschildert haben, ist haarsträubend und aufwühlender als die Schäden nur im Fernsehen oder auf Social Media zu sehen“, so Perlbach weiter.

Auslöser zur Gründung des Vereins war für den 61-Jährigen, der selbst über viele Jahre Polizist war, die Erkenntnis, dass der jeweilige Dienstherr nur bis zu einem gewissen Punkt helfen kann. Damit die Hilfskräfte aber nicht allein auf sich gestellt sind, springt der Verein ein. Mehr als 70 Mitglieder, darunter 30 aktive, zählt der Verein inzwischen, der in Magdeburg seine Geschäftsstelle hat. Gegründet wurde „Hilfe für Helfer in Not“ im Mai 2012. Die meisten Mitglieder kommen selbst aus Hilfsberufen und wissen, mit welchen Situationen Helfer oft konfrontiert werden.

Wichtiger Krisen-interventionsdienst

Hauptarbeitsgebiet des Vereins ist der ehrenamtliche Kriseninterventionsdienst (KID). Er steht Einsatzkräften von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst mit qualifizierter Einsatznachsorge zur Seite und ergänzt die Arbeit der Hilfsorganisationen. Nach belastenden Ereignissen, wie schweren Unglücken, Not- und Katastrophenfällen wird psychosoziale Akuthilfe für Überlebende, Angehörige, Hinterbliebene und Augenzeugen geleistet. Auch Kurse zur Gewaltprävention für Kinder, Jugendliche und Senioren bietet der Verein an.

Seit 1992 sucht die Lokalredaktion der Volksstimme gemeinsam mit ihren Lesern „Magdeburger des Jahres“. Bisher wurden 350 engagierte Bürger ausgezeichnet.

Ivar Lüthe hält die Laudatio für Stefan Perlbach.

Spitzengespräch im Thüringer Finanzministerium

Allgemeine beamten- und tarifrechtliche Angelegenheiten wurden bei einem Spitzengespräch erörtert, das der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen am 16. Januar 2024 mit Landesfinanzministerin Heike Taubert geführt hat.

© tbb

Frank Schönborn, Nicole Siebert, Finanzministerin Heike Taubert, Andreas Schiene, Frank Fritze (von links)

Weitere Gesprächsteilnehmer aus dem Finanzministerium waren Staatssekretär Dr. Hartmut Schubert, Zentralabteilungsleiter Matthias Machts und der Referatsleiter Beihilfe und Besoldung, Dr. Heber. Der tbb war durch den Landesvorsitzenden Frank Schönborn und die Landesleitungsmitglieder Nicole Siebert, Andreas Schiene und Frank Fritze sowie durch Geschäftsstellenleiterin Maria Jäkel vertreten.

Vier Themenblöcke

Erörtert wurden die vier Themenblöcke Besoldungsrecht, Tarifrecht, Versorgungsrecht und Beihilfe.

Beim Besoldungsrecht ging es vorrangig um die Umsetzung des Tarifergebnisses im Beamtenbereich – denn es gibt noch keine klare Antwort, wie die Tarifergebnisse auf die Beamten übertragen werden sollen. Einig sind sich jedoch alle Seiten, dass es eine Übertragung geben wird. Aber auch ein „Mehr“ ist erforderlich, da zusätzlich zur Übertragung der Tarifergebnisse die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes zur amtsangemessenen Alimentation zu beachten sind.

Beim anschließenden Gesprächspunkt Tarifrecht stand die Frage der Auszahlung der Inflationsausgleichszahlung im Mittelpunkt.

Dauerthema Beihilfebearbeitung

Zum wiederholten Male auf der Tagesordnung stand das Thema Beihilfe, weil die langen Bearbeitungszeiten schon seit Jahren vom tbb moniert werden. Vonseiten des Thüringer Finanzministeriums wurde jetzt zugesagt, dass an dem Problem gearbeitet werden soll. Allerdings wirke sich auch hier der Personalmangel aus. Aufgrund der Komplexität des Beihilferechts benötige neues Personal überdies eine längere Einarbeitungszeit.

Zu den vom tbb angeregten Direktabrechnungsmöglichkeiten, zum Beispiel mit Krankenhäusern, ließ das Finanzministerium wissen, dass die dazu notwendige Änderung der Gesetzesgrundlage in Arbeit sei. ■

Einkommensrunde TV-L

Wann wird der Inflationsausgleich ausgezahlt?

© Pixabay

Mit Spannung erwarten die Thüringer Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Auszahlung der Einmalzahlung zum Inflationsausgleich. Auf Nachfrage des tbb hieß es, dass „nach derzeitigem Kenntnisstand … unter Beachtung der erforderlichen Vorlauf- und Programmierarbeiten eine Auszahlung der Inflationsausgleichs-Einmalzahlung voraussichtlich mit dem Entgelt für den Monat März 2024 erfolgen wird“.

Das betrifft nach Angaben des Thüringer Finanzministeriums sowohl die Einmalzahlung von 1 800 Euro (Teilzeitbeschäftigte anteilig) als auch den zusätzlich monatlich auszuzahlenden Betrag von 120 Euro (Teilzeitbeschäftigte anteilig).

Im § 2 Abs. 1 des TV Inflationsausgleichs hatten die Tarifparteien festgelegt, dass die Inflationsausgleichs-Einmalzahlung zum „frühestmöglichen Zeitpunkt“ auszuzahlen sei. Diese Formulierung gesteht den Arbeitgebern Zeitvorläufe für die Zahlbarmachung – insbesondere die notwendigen Programmierarbeiten – zu. In Thüringen wird offensichtlich für diesen Vorgang noch Zeit benötigt.

Bei der Einkommensrunde TV-L einigten sich die Tarifpartner

auf folgenden Inflationsausgleich:

- 1 800 Euro als Einmalzahlung (Azubis, Studierende, Praktikanten 1 000 Euro), für Teilzeitbeschäftigte anteilig (dieser soll zum frühestmöglichen Zeitpunkt ausgezahlt werden), wenn ihr Arbeitsverhältnis am 9. Dezember 2023 besteht und sie an mindestens einem Tag zwischen dem 1. August 2023 und dem 8. Dezember 2023 Anspruch auf Entgelt hatten.
- Zusätzlich ein monatlicher Inflationsausgleich für Januar bis Oktober 2024 von jeweils 120 Euro (Azubis, Studierende, Praktikanten monatlich 50 Euro), für Teilzeitbeschäftigte anteilig.

Veraltete Software

Die von vielen unserer Mitglieder als „sehr verspätet“ angesehene Auszahlung, ist der veralteten Software „DAISY“, mit der das Thüringer Finanzministerium arbeitet, geschuldet. Die Mitarbeiter in der zentralen Gehaltsstelle geben ihr Bestes, schnellstmöglich die notwendigen Eingaben in das Programm zu leisten. Auch sie selbst würden von einer schnelleren Auszahlung profitieren.

Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamte

Noch keine klare Antwort

Eines vorab: Es gibt noch keine klare Antwort, wie die Tarifergebnisse auf die Beamten übertragen werden sollen. Einig sind sich jedoch alle Seiten, dass es eine Übertragung geben wird und auch ein „Mehr“, da neben der Übertragung der Tarifergebnisse zusätzlich die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes zur amtsangemessenen Alimentation zu beachten sind. In Thüringen ist man sich dieser Tatsache mehr als in anderen Bundesländern bewusst. Und daher dauert es noch.

„Es gibt kein einfaches Übertragen des Tarifergebnisses auf die Beamten mehr. Wir müssen mittlerweile Alimentation und die tariflich erstrittene Entlohnung getrennt betrachten“, so hieß es am 16. Januar in einem Spitzengespräch aus den Reihen des Finanzministeriums.

Gemeint ist damit, dass der Besoldungsgesetzgeber Thüringen für eine amtsangemessene Alimentation nicht nur die Einkommensentwicklung im TV-L, sondern darüber hinaus auch das Abstandsgebot zur Grundsicherung beachten muss. Bekanntermaßen ist das Bürgergeld zum Anfang des Jahres nicht unerheblich gestiegen. In einigen Tagen sollen aber die letzten Abstimmungsprozesse abgeschlossen sein

© Pixabay

und die Eckdaten der Besoldungsanpassung verkündet werden.

In der Zeit des – hoffentlich geduldigen – Wartens sollten wir aber nicht vergessen, dass Thüringen im letzten Jahr das einzige Bundesland war, welches, um die Amtsangemessenheit der Alimentation abzusichern, die Besoldung angehoben hat. Es wurde unabhängig vom Tarifabschluss im Jahr 2023 die Besoldung um 3,25 Prozent angehoben und eine vom Familienstand abhängige steuerfreie Zahlung vorgenommen.

Man könnte hier argumentieren – mit Blick auf die Urteile des Verfassungsgerichtes –, dass diese Erhöhung geboten war. Ein Blick auf die Nachbarländer und den Bund, die allesamt keine weitergehende Erhöhung gewährt haben, zeigt aber, dass eine solche Erhöhung keine Selbstverständlichkeit ist und war.

Im Gespräch mit den Vertretern des Finanzministeriums war jedoch herauszuhören, dass die steuerfreien Inflationsausgleichszahlungen unter Anrechnung der für das Jahr 2023 bereits an die Beamten geleisteten familienstandsabhängigen Sonderzahlungen bis zur Höhe von 3 000 Euro erfolgen sollen.

Wir, als tbb, werden unter Beachtung der Urteile zur amtsangemessenen Alimentation, die Übertragung des Tarifergebnisses im Gesetzgebungsverfahren weiterhin kritisch für die Thüringer Beamten begleiten. ■

tbb bei der dbb Jahrestagung 2024

Verwunderung und Enttäuschung hat bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der dbb Jahrestagung am 9. Januar 2024 das Fernbleiben der Bundesinnenministerin ausgelöst. Allen Beteuerungen vonseiten der Politik, wie wichtig der öffentliche Dienst für die Gesellschaft in Deutschland ist, läuft dieses Verhalten zuwider. Sachlich durchzog die Veranstaltung wie ein roter Faden der Personalnotstand im öffentlichen Dienst, der die Handlungsfähigkeit des Staates wie auch die Demokratie gefährdet.

Die Delegierten des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen bei der dbb Jahrestagung: 1. Reihe: Mareike Klostermann, Nicole Siebert, Saskia Grimm, Andreas Schiene; 2. Reihe: Doreen Trautmann, Uwe Allgäuer, Frank Schönborn, Frank Fritze, Uwe Köhler (von links)

© tbb

Neben interessanten Gesprächsrunden wurden gute Fachvorträge geboten, wie zum Beispiel der von Dr. Jana Puglierin, die über „Europa vor der Wahl – was sind die Herausforderungen für unsere freie Gesellschaft“ sprach. Die Referentin stellte dabei heraus, vor welchen Aufgaben Europa in naher Zukunft stehen wird, wie diese zu bewältigen sind und wie wichtig ein einheitliches Handeln der EU ist, um auch zukünftig in der Politik zum Beispiel in Fragen der Klima- und Friedenspolitik ein gewichtiges Wort mitreden zu können.

Demokratie vor großen Herausforderungen

Einen weiteren interessanten Fachvortrag hielt Peter Müller, ehemaliger Ministerpräsident des Saarlandes und ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht. Er beschrieb die Herausforderungen der Demokratie sowohl auf internationaler als auch nationaler Ebene. Bezogen auf die Weltbevölkerung entwickle sich die Demokratie im Krebsgang: Krieg als Mittel zur Durchsetzung von Länderinteressen sei mittlerweile legitim und China habe eine klare antidemokratische Strategie. Aber auch innerhalb der EU gäbe es Länder, wie zum Beispiel Ungarn, in denen eine Erosion der Demokratie durch Einschränkung des Rechtsstaates stattfindet.

Nicht zuletzt auch national sei die Demokratie durch wachsenden Extremismus und Islamismus latent in Gefahr.

Müller führte aus, dass jeder Angriff auf einen öffentlich Bediensteten auch ein Angriff auf den Rechtsstaat sei. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf. Es müssten Wege zur Demokratiestärkung gefunden werden, wobei auch jeder Einzelne einen Beitrag zum Gemeinwohl beitragen sollte. Als Möglichkeit nannte Müller eine allgemeine Dienstpflicht.

Kontaktpflege und Netzwerken

Schließlich bot die Tagung verschiedene Möglichkeiten zum Aufbau von Netzwerken und zur Kontaktpflege, so etwa bei Treffen der dbb Mitglieder ostdeutscher Landesbünde oder bei der gemeinsamen Abendveranstaltung.

Alle Fachvorträge können in der Mediathek abgerufen werden unter: https://www.dbb.de/veranstaltungen/dbb-jahrestagung-2024/mediathek.html. ■

DJG Thüringen

Ronny Mohr zum neuen Vorsitzenden gewählt

Die DJG Thüringen hat am 17. November 2023 einen neuen Vorstand gewählt. Der bisherige Stellvertreter Ronny Mohr wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt. Komplettiert wird der Vorstand durch Sebastian Zitzmann (stellvertretender Vorsitzender) und Susanne Grimm (Schatzmeisterin).

© DJG Thüringen

Neuer Landesvorsitzender der DJG Thüringen, Ronny Mohr

Der langjährige bisherige Vorsitzende der DJG Thüringen, Fred Siegert, stellte sich nicht zur Wiederwahl zur Verfügung.

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft – Landesverband Thüringen ist die Interessenvertretung der bei deutschen Gerichten und Staatsanwaltschaften tätigen Beamten und Tarifbeschäftigten. Der Verband setzt sich in erster Linie für eine funktionale und bürgernahe Justiz ein.

DSTG Thüringen

Demonstration vor dem Bundesrat

Etwa 100 Mitglieder aller DSTG-Landesverbände haben am 30. November 2023 an einer Protestdemonstration und einem Warnstreik vor dem Bundesrat teilgenommen. DSTG Bund und dbb hatten im Rahmen der Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder dazu aufgerufen.

Neben dem Bundesvorsitzenden der DSTG, Florian Köbler, hatte sich auch der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach mit den dbb Forderungen nach einer Erhöhung der Tabellenentgelte von 10,5 Prozent und einem Mindestbetrag von 500 Euro direkt an die Finanzminister der Länder gewandt.

Der TdL-Vorsitzende, der hamburgische Finanzsenator Dr. Andreas Dressel, die Finanzministerin von Schleswig-Holstein, Monika Heinold, und der Finanzminister von Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Heiko Geue, kamen zu den Demonstranten in die Kälte und stellten sich den gewerkschaftlichen Forderungen nach einem substanziellem Tarifangebot in der dritten Verhandlungsrunde Anfang Dezember 2023.

Vielen Dank an unsere Teilnehmer im winterlichen Berlin.

Nicole Siebert, Landesvorsitzende DSTG Thüringen

© DSTG

Aktuelle Seminarangebote

- Digitalvortrag:
  Versorgung im öffentlichen Dienst für Beamte/Tarifbeschäftigte
  6. März 2024 | 17 Uhr – 18.30 Uhr
- Digitalvortrag:
  Vollmachten & Verfügung | Erben & Vererben
  20. März 2024 | 17 Uhr – 18 Uhr
- Digitalvortrag:
  Versorgung im öffentlichen Dienst für Beamte/Tarifbeschäftigte
  13. November 2024 | 17 Uhr – 18.30 Uhr
- Digitalvortrag:
  Vollmachten & Verfügung | Erben & Vererben
  27. November 2024 | 17 Uhr – 18 Uhr

Anmeldung erforderlich. E-Mail: post@dbbth.de